

# Niederschrift

über die ordentliche Sitzung des Rates der Stadt Varel am Donnerstag, 27.09.2007, 19:00  
Uhr, im Rathaus I, großer Sitzungssaal.

## Anwesend:

Ratsvorsitzender und 1. stellv. Bürgermeister: Karl-Heinz Funke  
1. stellv. Ratsvorsitzende: Hannelore Schneider  
Bürgermeister: Gerd-Christian Wagner  
2. stellv. Bürgermeister: Raimund Recksiedler  
Ratsmitglieder: Karin Agostini  
Karlheinz Bäker  
Reinhard Berndt  
Rudolf Böcker  
Karin Boomhuis  
Jürgen Bruns  
Gerald Chmielewski  
Iko Chmielewski  
Ilonka Etzold  
Jost Etzold  
Jens-Olaf Fianke  
Walter Heidenreich  
Susanne Herbst  
Erich Hillebrand  
Christoph Hinz  
Jörn Kickler  
Kurt Klose  
Bernd Köhler  
Ingo Langer  
Walter Langer  
Alfred Müller  
Hans-Hermann Niebuhr  
Georg Ralle  
Jürgen Rathkamp  
Bernd Redeker  
Claudia Rohlfs  
Steffen Schwärmer  
Peter Tischer  
Dorothea Weikert  
Herbert Zeidler  
Von der Verwaltung: Rainer Adler  
Heinz Behrens  
Olaf Freitag  
Marion Groß  
Rolf Heeren  
Siegfried Kirsch  
Jörg Kreikenbohm  
Rainer Rädicker

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates 21.06.2007
- 3 Berufung von Herrn Dipl.-Ing. Alwin Schlörmann, Leiter der Geschäftsregion Oldenburg/Varel der EWE AG, als hinzugewähltes Mitglied in den Werksausschuss für den Eigenbetrieb Wasserwerk der Stadt Varel
- 4 Berichte und Anträge der Ausschüsse**
  - 4.1 Verwaltungsausschuss am 05.07.2007**

*Wirtschaftsausschuss am 03.07.2007*

    - 4.1.1 Industrie- und Gewerbecampus Varel (IGC Varel); Grundsatzbeschluss Projektumsetzung
  - 4.2 Verwaltungsausschuss am 19.07.2007**

*Straßen- und Verkehrsausschuss am 10.07.2007*

    - 4.2.1 Widmung von Straßen - Hans-Schütte-Straße (Teilstück) -
    - 4.2.2 Widmung von Straßen - Rudolf-Winicker-Straße (Teilstück) -
    - 4.2.3 Widmung von Straßen - Astrid-Lindgren-Ring -
    - 4.2.4 Widmung von Straßen - Katthult -
    - 4.2.5 Widmung von Straßen - Lönnebergaweg -
    - 4.2.6 Widmung von Straßen - Am Mattisberg -
    - 4.2.7 Widmung von Straßen - Im Birkenlund -
    - 4.2.8 Widmung von Straßen - Sonnenau -
    - 4.2.9 Straßenbenennung im Bebauungsplan Nr. 179 - Dangastermoor -

*Ausschuss für Kultur, Sport und Jugend am 16.07.2007*

    - 4.2.10 Übertragung der Organisations- und Finanzverantwortung für die Kinderbetreuung vom Landkreis Friesland auf die Städte und Gemeinden

*Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz am 17.07.2007*

    - 4.2.11 Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für den Bereich südlich der Fa. Mega-Company (Teilbereich des Bebauungsplanes Nr. 164)
  - 4.3 Verwaltungsausschuss am 20.09.2007**
    - 4.3.1 Neuwahl des Aufsichtsrates der Wohnungsbau-Gesellschaft Friesland mbH per Oktober 2007

- 5        Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5.1     Einweihung des Bahnhofes
- 6        Behandlung von Anfragen und Anregungen**
- 6.1     Geschäftsordnung des Rates
- 6.2     Ratsinformationssystem
- 7        Einwohnerfragestunde**

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **1        Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates**

Ratsvorsitzender Funke eröffnet um 19:00 Uhr die ordentliche öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreter der Presse und eine größere Anzahl Vareler Bürgerinnen und Bürger.

Er stellt fest, dass Ratsfrau Lampe und die Ratsherren Bunjes und Nieraad entschuldigt fehlen.

#### **2        Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates 21.06.2007**

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Varel am 21.06.2007 wird einstimmig genehmigt.

#### **3        Berufung von Herrn Dipl.-Ing. Alwin Schlörmann, Leiter der Geschäftsregion Oldenburg/Varel der EWE AG, als hinzugewähltes Mitglied in den Werksausschuss für den Eigenbetrieb Wasserwerk der Stadt Varel**

Der Leiter der Geschäftsregion Varel der EWE AG, Herr Dipl.-Ing. Gunter Korfkamp, ist seit dem 25.03.2004 hinzugewähltes Mitglied im Werksausschuss für den Eigenbetrieb Wasserwerk der Stadt Varel.

Die EWE AG hat mit Schreiben vom 28.08.2007 mitgeteilt, dass Herr Korfkamp aus dem aktiven Dienst ausscheidet und daher nicht mehr als hinzugewähltes Mitglied im Werksausschuss zur Verfügung steht. Gleichzeitig wird vorgeschlagen, als Nachfolger Herrn Dipl.-Ing.

Alwin Schlörmann, Leiter der Geschäftsregion Oldenburg/Varel, als hinzugewähltes Mitglied in den Werksausschuss zu berufen.

**Beschluss:**

Herr Dipl.-Ing. Alwin Schlörmann wird als Nachfolger von Herrn Dipl.-Ing. Gunter Korfkamp als hinzugewähltes Mitglied in den Werksausschuss für den Eigenbetrieb Wasserwerk der Stadt Varel berufen.

**Einstimmiger Beschluss**

**4 Berichte und Anträge der Ausschüsse**

**4.1 Verwaltungsausschuss am 05.07.2007**

*Wirtschaftsausschuss am 03.07.2007*

**4.1.1 Industrie- und Gewerbecampus Varel (IGC Varel); Grundsatzbeschluss Projektumsetzung**

Zum Thema IGC besteht nach Ansicht der CDU-Fraktion nach wie vor Klärungsbedarf. Ratsherr Tischer weist darauf hin, dass Grundlage des heutigen Beschlusses der Beschluss des Wirtschaftsausschusses mit den Pkt. 1-6 ist. Vor der Sitzung des Wirtschaftsausschusses hat die CDU ihre Stellungnahme, die grundsätzlich positiv war, und einen 8-seitigen Fragenkatalog eingereicht. Die erste Hälfte des Fragenkataloges betrifft den vorliegenden Masterplan, die zweite Hälfte bezieht sich auf die Suche nach einer Betreibergesellschaft. Die CDU-Fraktion hat dem Orientierungsbeschluss zugestimmt, denn eine Orientierung erleichtert eine Sachentscheidung. Sie sahen in den sechs Punkten eine Orientierung für das weitere Verfahren. Nach der intensiven Beschäftigung mit dieser Materie, trat eine gewisse Verstimmung in der CDU-Fraktion auf, weil es in der Öffentlichkeit nicht deutlich geworden ist, dass noch ein großer Fragenkatalog und seitens der CDU eine gewisse Skepsis in vielen Dingen besteht.

Ratsherr Tischer stellt noch mal die historische Entwicklung und das Zustandekommen des Konzeptes dar. Im Jahr 2005 gab es eine sehr intensive Diskussion. Die CDU war der Meinung, dass zunächst eine Potenzialanalyse, die billiger gewesen wäre, ausgereicht hätte. Im September 2005 hat es eine Auftragserteilung an die Fa. Hellberg & Associates durch die Stadt Varel gegeben. Der Masterplan ist in Bezug auf Inhalt und Verwertung Eigentum der Stadt Varel. Mit Anbieten des Masterplanes ist das Rechtsgeschäft mit der Fa. Hellberg & Associates zunächst erledigt. Es gibt gegenwärtig keine laufenden Rechtsbezüge, die ein aktuelles Handeln der Fa. Hellberg & Associates in Sachen IGC begründet. In einem Gespräch im Sept. 2005 hieß es, der Wunsch der Fa. Hellberg & Associates auf Übernahme der Betreuung des IGC wird nur zurückgestellt. Parallel zur Erstellung des Masterplanes wird die Fa. Hellberg & Associates aber ein Betreiberangebot entwickeln und vorlegen, um gleichzeitig einen Startschuss für eine Realisation zu geben. Ratsherr Tischer stellt daher fest, dass der Auftrag mit der Ablieferung des Strategiepapiers erledigt ist und es zur Zeit keinen Hand-

lungsbedarf gibt. Zurzeit gibt es auch kein konkretes Angebot für eine Betreibergesellschaft. Alle notwendigen Entscheidungen liegen im Moment allein und ausschließlich bei der Stadt. Der vorliegende Beschluss definiert den Fahrplan, in dem die Entscheidungen abgearbeitet werden sollten.

Zum vorliegenden Beschlussvorschlag führt Ratsherr Tischer aus, dass Pkt. 1, die Abstimmung mit den anderen Gemeinden, unerlässlich ist. Seiner Ansicht nach müsste dieser noch ergänzt werden. Bei einem vorgelagerten Besuch im Ministerium wurde die Grundidee dieses Masterplanes positiv eingeschätzt. Vom Minister wurde aber darauf hingewiesen, dass eine Abstimmung mit der Regionalplanung dieses Raumes unerlässlich sei. Diese Abstimmung ist in keiner Weise erfolgt. Es ist daher dringend notwendig, diese Abstimmung herzustellen. Es entsteht der Eindruck, es gäbe eine konkurrierende Situation zwischen dem Regionalmanagement und dem, was sich hier gebildet hat. Der Konsens mit der Region ist notwendig.

Ratsherr Tischer weist auf einige Schwächen des Masterplanes hin. Wesentliche Teile des Masterplanes sind der Begründung des Flächennutzungsplanes entnommen. Weite Bereiche, in denen es um die Förderungsfähigkeit der Maßnahme geht, sind aus den Internetseiten des Wirtschaftsministeriums abgeschrieben. Der Masterplan hat für seine Begriffe eine sehr große Lücke, er zeigt die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme nicht auf, es gibt lediglich eine Ableitung von Wirtschaftlichkeit auf den hafenauffinen Bereich. Aussagen zum Gewerbesteueraufkommen und zum Einkommensteueraufkommen sind falsch. Das gehört korrigiert. Es fehlen ihm Ableitungen für den IGC.

Ratsherr Tischer verweist auf ein Gespräch mit Hellberg & Associates, in dem gesagt wurde, „Entwicklung, Finanzierung, Aufbau und Betreibung eines Industrie- und Gewerbecampus und die damit im Zusammenhang stehenden Kooperationsmodelle für mittelständische Unternehmen bilden das Kerngeschäft von Hellberg & Associates. Diese Erfahrungen und Fachkenntnisse bringt Hellberg & Associates in das PPP-Projekt IGC-Varel ein. Sie gehören zum Kern-Know-how von Hellberg & Associates.“ Aus Sicht des Ratsherrn Tischer ist Know-how weitgehend implantiertes Wissen, das aus dem praktischen Betrieb wächst. Die Fa. Hellberg & Associates hat aber keinen praktischen Betrieb, sie haben nur ein theoretisches Gebilde entwickelt. Es ist der CDU-Fraktion aber zu wenig, das ganze Thema nur als Glaubensfrage zu entwickeln. Sie sehen es als schwerwiegenden Mangel an, dass bis heute der Nachfrage nach Korrektur und Ergänzung nicht nachgekommen worden ist.

In der CDU-Fraktion ist sehr negativ die Fortsetzung der positiven Berichterstattung angekommen, insbesondere durch das von Herrn Bureck gegebene Interview zum IGC am 13.09.2007. Im Interview steht, dass das Wirtschaftsministerium den Masterplan als sehr gute handwerkliche Beurteilung ausgelegt hat. Ratsherr Tischer findet dieses erstaunlich, denn bei intensiver Befassung hätten sie die Fehler erkennen müssen. Hier ist etwas sehr leichtfertig interpretiert und falsch dargestellt worden. Darüber hinaus wird im Interview aus der Zusage der NLG, für die Stadt zu handeln, eine Bestätigung des Masterplanes abgeleitet. Dies hat die NLG in einer vorangegangenen Wirtschaftsausschusssitzung aber anders dargestellt, sie kämen immer dann, wenn eine Kommune sie ruft, unabhängig vom Masterplan. Die Feststellung, dass die NLG in Vorleistung tritt, sorgte selbst bei der NLG für Unmut. Dazu ist sie nie bereit gewesen. Alles, was die NLG für die Stadt erbringt und nicht durch Zuschüsse und Verkaufserlöse abgedeckt wird, wird eines Tages der Stadt Varel in Rechnung gestellt.

Die Frage der kommunalen Abstimmung sieht die CDU-Fraktion als sehr bedeutsam an. Es gibt sicherlich eine Einmütigkeit, dass das ganze Thema nicht risikofrei ist. Mit Blick auf die

Zukunft muss man eine gewisse Risikobereitschaft eingehen. Die Aussage, dass die Fa. Hellberg & Associates geschäftlich für den Betrieb des IGC gerade steht, hält Ratsherr Tischer nach den vorliegenden Unterlagen, aber für abenteuerlich. Das Unternehmen Hellberg & Associates firmiert als KG und hat ein Geschäftskapital von 50.000 € welches schnell verbraucht ist. Sie konzentrieren sich nicht nur auf den Betrieb des IGC in Varel. Weitere Fakten sind daher notwendig. Das Drängen auf eine Entscheidung um die Betreibergesellschaft kann Ratsherr Tischer nicht nachvollziehen. Die Entscheidung wurde auch bewusst an den Schluss des Handlungskataloges gestellt.

Ratsherr Tischer zitiert aus einem Bericht des Mitteilungsblattes, Ausgabe September, der IHK Oldenburg: „Wer sich in der Region Weser-Ems für Gewerbeflächen interessiert, der stößt auf ein sehr breites Angebot. Das Angebot an gut erschlossenen Gewerbeflächen ist erheblich größer als die Nachfrage. Es werden derzeit ca. 400 ha Gewerbegebiete und 3.400 ha freie Fläche vorgehalten, davon rund 1.500 ha Industrieflächen in Häfen. Der Gewerbeflächenmarkt ist ein regionaler, es gibt kaum überregionales Nachfragepotential. Es kommt dagegen selten vor, dass sich auswärtige Unternehmen in dieser Region ansiedeln wollen. Der jährliche Flächenbedarf in den nächsten Jahren wird sich im Raum Weser-Ems auf ca.100 ha belaufen. Die erhofften Ansiedlungseffekte hat es nicht gegeben, Wilhelmshaven wird da vermutlich eine Ausnahme sein.“ Durch die Nichtinvestition der Fa. Ineos werden nach Ansicht des Ratsherrn Tischer sich die Aktivitäten in Wilhelmshaven verringern. Je weniger Aktivitäten in Wilhelmshaven entstehen, um so ungünstiger wird das Verhältnis zwischen Nachfrage und Angebot im Bereich von Wilhelmshaven. Trotzdem ist die Thematik auf realistischer Grundlage nicht ohne Bedeutung.

Die CDU-Fraktion hat den EcoPark in der Gemeinde Emstek besucht. Der EcoPark wird unter folgender Beteiligung betrieben: 40 % Landkreis Cloppenburg, 25 % Stadt Cloppenburg, 25 % Gemeinde Emstek, 10 % Gemeinde Kappeln. 300 ha sind dort überplant. Innerhalb der vergangenen Jahre sind 100 ha erworben worden. Die Planung hat im Jahr 1995 begonnen, die aktive Erschließung im Jahre 2001. Im ersten Abschnitt wurden 25 ha erschlossen. Inzwischen sind 6 Firmen dort angesiedelt, zwei befinden sich in der Umsetzung. Jede Ansiedlung, die zum Erfolg führte erforderte mind. 100 Kontakte. Im Jahre 2008 wird dort nach konkreter Orientierung bei den vorhandenen Firmen jetzt ein Centergebäude errichtet. Es sind 300 Vollzeitmitarbeiter auf dem Gelände beschäftigt. Vorgesehen ist jetzt dort einen Kindergarten, eine Kantine, Büroräume für Dienstleister und Laborräume zu errichten. Das ganze als PPP-Projekt für 3 Mio. € Das hält Ratsherr Tischer für Realismus.

Hellberg & Associates plant dagegen als erste Investition ein Centergebäude für 9 Mio. € und ein Technologiegebäude für 8,5 Mio. € Wenn man die Wirtschaftlichkeitsansätze einer solchen Investition hinterfragt, stößt man sehr an Grenzen. Als künftige Vertragspartner würde sich Ratsherr Tischer einen offeneren Umgang wünschen.

Das Vertrauensverhältnis zwischen der CDU-Fraktion und Herrn Bureck ist zur Zeit nicht mehr äußerst intakt. Nach Ansicht des Ratsherrn Tischer muss hinsichtlich der Aufgabenbestimmung und der Abgrenzung zwischen der Wirtschaftsförderungs- und Stadtmarketinggesellschaft und der Fa. Hellberg & Associates eine klare Linie und Schnittstellenbestimmung vorhanden sein. Sie werden den Eindruck nicht los, dass die Verzahnung von Herrn Bureck mit der Fa. Hellberg & Associates intensiver ist, als die mit der Stadt Varel. Es kann nicht sein, dass Herr Bureck ohne Auftrag und ohne Berücksichtigung des gemeinsam gefassten Beschlusses Verhandlungen in Hannover führt.

Ratsherr Tischer macht den Vorschlag, das, was alle verbindet, zu einem relativ kleinen Beschluss zu verdichten und dann scheinbarweise weiter voranzutreiben. Im Interesse der Arbeitsplatzsicherung ist es wichtig, dass erkannt wird, dass in Varel Industrieerweiterungsflächen gebraucht werden und dann auch im angemessenen Umfang darum herum Gewerbeflächen. Ob sie sich an der Größenordnung von 200 ha orientieren müssen, darüber ist noch mal eine Zwischenbilanz zu ziehen. Die CDU-Fraktion beantragt daher, dass heute ausschließlich beschlossen wird, dass die Verfügbarkeitsanalyse konkret mit der NLG abgewickelt wird. Aus den Erkenntnissen der Verfügbarkeitsanalyse können dann weitere Schlüsse gezogen und die weitere Vorgehensweise neu definiert werden.

Ratsherr Müller weist darauf hin, dass heute nicht Thema ist, ob es ein IGC in Varel geben wird oder nicht. Es geht nur darum, dass der Beschlussvorschlag aus dem Wirtschaftsausschuss abgearbeitet werden soll. Es ist ein Arbeitspapier für die Verwaltung und mit dem die Verwaltung und die NLG eigentlich schon arbeitet. Die NLG führt schon die ersten Gespräche mit den Eigentümern der möglichen Flächen und prüft die Verfügbarkeit der infrage kommenden Grundstücke. Zu Beginn der Idee IGC war für die SPD-Fraktion ganz wichtig, dass in Varel keine Industrieflächen mehr im Angebot sind und für Varel eine Planung angeboten werden sollte, die für mehrere Jahrzehnte Flächen vorhält. Industrie bedeutet auch für das Gewerbe Arbeit, Beschäftigung und Entwicklung.

Ratsherr Müller weist darauf hin, dass der Orientierungsbeschluss in der vorgelegten Form im Wirtschaftsausschuss vor der Sommerpause so beschlossen wurde. Aus seiner Sicht ist jetzt das wichtigste, dass die NLG die Verfügbarkeitsanalyse durchführt. Ein großer Fehler war seiner Ansicht nach die Nichteinbeziehung der dort ansässigen Menschen. Eine Information hätte viel früher stattfinden müssen. Er hofft, dass dies nachgeholt werden kann und auf einen Konsens mit den betroffenen Menschen, denn sonst sieht er die Umsetzung des IGC gefährdet. Darüber hinaus ist es erforderlich, dass die noch offenen Fragen der anderen Fraktionen und die, die im Beschluss zur Diskussion stehen beantwortet und abgearbeitet werden. Erst dann ist eine endgültige Wertung für das IGC möglich. Ratsherr Müller möchte, dass die Planung weiter geht. Das Thema Betreibergesellschaft steht zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht zur Diskussion, zur Zeit ist die Flächenanalyse das wichtigste. Über die Größe der Fläche kann nach der Verfügbarkeitsanalyse gesprochen werden.

Ratsherr Müller hat kein Problem damit, heute nur über die Ziffer 3 des Beschlusses „Die Niedersächsische Landgesellschaft mbH (NLG) wird beauftragt, zunächst eine Verfügbarkeitsanalyse über die für das IGC erforderlichen Flächen durchzuführen“ abzustimmen und die anderen Punkte zunächst einmal zurückzustellen.

Ratsherr Etzold plädiert dafür, den Beschluss nicht in Teilen zurückzustellen, denn er sieht in diesem Beschluss eine einmalige Chance. Der Jade-Weser-Port und das Autobahnkreuz kommen und die Stadt hat die Möglichkeit hier etwas zukunftssicheres zu positionieren. Es liegt ein von der SPD, CDU und FDP in den vorgelagerten Gremien beschlossener Absichtsbeschluss vor, der weitere Schritte zur Beschleunigung der Sache bringt. Er plädiert dafür, jetzt eine Zukunftsentscheidung zu beschließen, ohne unnötig Zeit zu vertun.

Ratsherr Etzold weist darauf hin, dass die geplanten 200 ha zunächst eine Option sind, mit der Erschließung wird vielleicht mit 10 oder 20 ha begonnen. Es gibt auch positive Beispiele, z. B. in Bramsche. Natürlich müssen die Betroffenen in die Planung einbezogen werden. Dieses Konzept grenzt sich nach Ansicht des Ratsherrn Etzold von anderen Gewerbeflächen ab. Ein Dienstleistungskonzept ist angedacht und bietet daher einen Konkurrenzvorteil zu anderen

Gewerbegebieten. Es steht im Antrag aber nicht drin, wer es betreibt. Im Plan sind Industrie-  
flächen ausgewiesen, hierbei denkt Ratsherr Etzold an saubere Werke wie z. B. das Airbus-  
Werk.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmt dem so genannten Grundsatzbeschluss zum IGC  
nicht zu. Wenn dieser auch im ersten Schritt nur so etwas wie eine Machbarkeitsstudie ist, der  
sich mehr auf die Verfügbarkeit der Flächen bezieht, wird dieser Beschluss nach Ansicht der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen doch eine gewisse Eigendynamik entwickeln, die am Ende  
keine wirkliche Entscheidung für oder gegen das IGC zur Folge haben wird. Sie begründen  
ihre Ablehnung damit, dass das IGC zu teuer und zu groß ist und sich nicht mit den in der  
Region ansässigen Menschen und Belangen zur Erhaltung der Umwelt verträgt.

Als zu teuer bezeichnen sie nicht nur die Kosten für den Masterplan sondern auch die zu er-  
wartenden Planungskosten und die Kosten für die Realisierung, von insgesamt mind. 5 Mio.  
€ Eine Refinanzierung über die zu erwartenden Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer ist  
optimistisch gesehen erst in 15-20 Jahren zu erwarten, pessimistisch gerechnet vielleicht auch  
nie. Aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist ein Planungsbedarf an Industriefläche  
unstrittig, dieses aber nur in Zusammenarbeit mit anderen Kommunen. Gewerbeflächen ste-  
hen dagegen in der Stadt und im interkommunalen Gewerbegebiet in Roffhausen ausreichend  
zur Verfügung. Das IGC knüpft in seiner Realisierung an Großprojekte wie die A22, den Ja-  
de-Weser-Port und den Chemie-Park an. Der Jade-Weser-Port kommt, der Chemie-Park ist  
zweifelhaft und die A22 stößt auf den erklärten Widerstand von Bündnis 90/Die Grünen. Ihrer  
Ansicht nach sollte sich die Stadt Varel auf die Stärken der Region, Landwirtschaft und  
Fremdenverkehr, besinnen oder auf Alternativenergien. Sie sagen daher Ja zu einer nachhalti-  
gen industriellen Entwicklung Varels, aber Nein zum IGC.

Aus Sicht des Rats Herrn Hinz könnte ein Chemiepark in Varel auch ein Standortnachteil für  
die Stadt sein. Darüber hinaus kritisiert er, dass Millionen auf den Weg gebracht werden, die  
die Stadt nicht hat. In den letzten Monaten wurden viele sinnvolle Anträge, z. B. in der Ju-  
gendarbeit und in der Kinderbetreuung abgelehnt, mit der Begründung des Spargebotes. Er  
findet es daher unanständig, hier etwas zu entwickeln, bei dem die Stadt in den nächsten Jah-  
ren mit mind. 5 Mio. € in Vorleistung treten muss. Besonders wichtig ist auch, dass bei einer  
Entscheidung, die das Stadtbild für immer prägen wird, die Öffentlichkeit frühzeitig infor-  
miert wird. Eine öffentliche Diskussion muss vorgeschaltet sein. Ratsherr Hinz findet es  
skandalös, dass zum Teil in anderen Fraktionen die Meinung vertreten wurde, möglichst eine  
öffentliche Diskussion zu vermeiden.

Ratsherr I. Chmielewski weist darauf hin, dass bereits im Zusammenhang mit der Entwick-  
lung des neuen Flächennutzungsplanes intensiv über die Ausweisung von Industriefläche ge-  
sprochen wurde. Zu seinem Bedauern fand aber keine öffentliche Diskussion statt. Es machte  
daher nach Ansicht der Fraktion MMW keinen Sinn den Masterplan in Auftrag zu geben, ins-  
besondere nicht ohne vorherige Ausschreibung. Die Fraktion MMW hält den Masterplan viel-  
leicht für eine gute Diplomarbeit, aber nicht für einen Handlungsrahmen der Stadt Varel, da-  
für ist er viel zu schwammig. Sein größter Fehler ist, dass nicht vorher erkannt wurde, dass  
Interkommunalität erforderlich ist. Die Kosten hätten von den anderen Kommunen mitgetra-  
gen werden müssen, wenn sie Interesse gehabt hätten. Große Industrie- und Gewerbeflächen  
werden bereits in Wilhelmshaven und im interkommunalen Gewerbegebiet in Roffhausen  
angeboten.

Ratsherr I. Chmielewski vermisst bis heute die Beantwortung seiner im Juni gestellten Fra-  
gen, in denen er unter anderem nach einem konkreten Bedarf gefragt hatte. Die Fraktion

MMW spricht sich grundsätzlich gegen die Realisierung dieses Projektes in dieser Beschlussfassung auf Grundlage des Masterplanes aus, sie sehen aber die Notwendigkeit Industriegebiete auszuweisen. Daher muss der Flächennutzungsplan zügig um geplante Industrieflächen ergänzt werden. Die Verfügbarkeitsanalyse in der angedachten Größenordnung halten sie für überzogen, es würde ausreichen, sich auf eine kleinere Industriefläche zu konzentrieren, denn Gewerbeflächen sind ausreichend vorhanden.

Sie unterstützen den Antrag von Herrn Tischer lediglich über Pkt. 3 des Beschlusses abzustimmen, würden aber auch gerne den gesamten Beschluss zurückstellen, um neue Entwicklungen in der Standortfrage noch zu berücksichtigen.

In Bezug auf die Interkommunalität stellt Bürgermeister Wagner klar, dass bereits sehr früh Kontakte zu Jade, Wiefelstede und Rastede gepflegt wurden. Vom Grundsatz her besteht die Interkommunalität. Auch wenn der Masterplan gut abgewogen werden muss, dauert der Entscheidungsprozess seines Erachtens zu lange. Er kann aber dem Antrag der CDU, erst nur über den Pkt. 3 abzustimmen und die anderen Punkte nachzuholen, zustimmen. Zunächst ist es wichtig die Verfügbarkeitsanalyse vorliegen zu haben, um dann weiter zu arbeiten. Die NLG ist mit den Grundstückseigentümern im Gespräch, es kann offensichtlich ein Konsens gefunden werden.

Aus Sicht des Bürgermeisters Wagner muss jeder die Frage IGC Ja oder Nein persönlich für sich entscheiden. Er befürwortet eine Ansiedlung von Industrie und Gewerbe im Süden Varel. Es ist aber zu beachten, dass die Lebensdauer des IGC 30-50 Jahre betragen soll, es wird zunächst in einem überschaubaren Umfang angefangen.

Die Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsförderer empfindet Bürgermeister Wagner immer als äußerst angenehm. Das Verhältnis ist von Vertrauen geprägt. Er würde es sehr schön finden, wenn dieses Vertrauen wieder in die Fraktionen getragen wird.

Der Fragenkatalog wurde von Hellberg & Associates noch nicht zufrieden stellend beantwortet. Bürgermeister Wagner sichert zu, entsprechend zu informieren.

Ratsherr Tischer weist nochmals darauf hin, dass alle weiteren Aktivitäten auf die Verfügbarkeitsanalyse setzen und somit keine zeitliche Verzögerung eintritt. Er ist nicht bereit, die 'Katze im Sack' zu kaufen.

Ratsherr Müller betont nochmals, dass ihm und seiner Partei viel an der Beteiligung der Bürger liegt. Es ist hier etwas schief gelaufen, aber es kann noch nachgeholt werden. Es ist schon viel in der Öffentlichkeit über den Masterplan und den IGC berichtet worden, es liegt daher in keiner Weise 'Geheimdiplomatie' vor. Die nächsten Wochen werden genutzt werden, um die noch offenen Fragen abzuarbeiten.

Nach intensiver Diskussion über die Form der Abstimmung einigen sich die Ratsmitglieder in dieser Ratsitzung lediglich über Pkt. 3 des Beschlussvorschlages abzustimmen und die anderen Punkte zurückzustellen.

## **1. Teil des Beschlusses:**

Die Stadt Varel sieht vor dem Hintergrund der Errichtung des Jade-Weser-Ports und der sich damit verändernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die Notwendigkeit, ihre gewerbliche und industrielle Weiterentwicklung für den Zeitraum der nächsten 30 Jahre in der Weise zu gestalten, dass im südlichen Stadtgebiet ein Industrie- und Gewerbegebiet im Sinne des von der Fa. Hellberg & Associates dargestellten Industrie- und Gewerbecampus (IGC Varel)

entwickelt wird. Der Campus ist von der Idee geprägt, dass durch einen Dienstleistungsanbieter, der ansiedlungswilligen Firmen betriebsbezogene Dienstleistungen anbietet, Firmen für die Clusterbereiche Chemie und Metallurgie angesiedelt werden. Daneben können Industrie- und Gewerbeflächen durch an- bzw. umsiedlungswillige Betriebe ohne Nutzung des Dienstleistungsangebots erworben werden.

Zur Erreichung dieser Ziele wird folgender Grundsatzbeschluss gefasst:

1. Im Süden Varel soll ein interkommunales Industrie- und Gewerbegebiet entstehen. Die hierzu aufgenommenen Gespräche über eine Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen Jade, Wiefelstede und Rastede sowie den Landkreisen Ammerland, Wesermarsch und Friesland sind weiter zu führen, um die Interkommunalität und damit die grundsätzliche Förderfähigkeit zu erzielen.
2. Der Rat der Stadt Varel nimmt den vorgelegten Masterplan zum IGC Varel zur Kenntnis und verfolgt dessen Umsetzung nach Korrektur und evtl. Ergänzung.
3. (getrennte Beschlussfassung, siehe unten)
4. Die Förderung durch Mittel Dritter ist notwendige Voraussetzung zur Realisierung des IGC Varel. Die Verwaltung wird beauftragt, die Förderfähigkeit mit den entsprechenden Instanzen zu klären.
5. Fällt die Verfügbarkeitsanalyse positiv aus und ist die Förderfähigkeit gesichert, ist mit der NLG ein Erschließungstreuhandvertrag abzuschließen. Die NLG soll als Treuhänder die Abwicklung des Bodenverkehrs im Industrie- und Gewerbegebiet übernehmen
6. Sobald die Interkommunalität (Pkt. 1) hergestellt und die Förderfähigkeit (Pkt. 4) geklärt ist, wird eine Entscheidung über einen zukünftigen Betreiber und dessen Aufgaben gefasst.

### **Beschluss zurückgestellt**

#### **2. Teil des Beschlusses:**

3. Die Niedersächsische Landgesellschaft mbH (NLG) wird beauftragt, zunächst eine Verfügbarkeitsanalyse über die für das IGC erforderlichen Flächen durchzuführen.

#### **Mehrheitlicher Beschluss**

**Stimmen dafür: 31 Stimmen dagegen: 3**

#### **4.2 Verwaltungsausschuss am 19.07.2007**

*Straßen- und Verkehrsausschuss am 10.07.2007*

**4.2.1 Widmung von Straßen - Hans-Schütte-Straße (Teilstück) -**

**Einstimmiger Beschluss**

**4.2.2 Widmung von Straßen - Rudolf-Winicker-Straße (Teilstück) -**

**Einstimmiger Beschluss**

**4.2.3 Widmung von Straßen - Astrid-Lindgren-Ring -**

**Einstimmiger Beschluss**

**4.2.4 Widmung von Straßen - Katthult -**

**Einstimmiger Beschluss**

**4.2.5 Widmung von Straßen - Lönnebergaweg -**

**Einstimmiger Beschluss**

**4.2.6 Widmung von Straßen - Am Mattisberg -**

**Einstimmiger Beschluss**

**4.2.7 Widmung von Straßen - Im Birkenlund -**

**Einstimmiger Beschluss**

**4.2.8 Widmung von Straßen - Sonnenau -**

**Einstimmiger Beschluss**

**4.2.9 Straßenbenennung im Bebauungsplan Nr. 179 - Dangastermoor -**

Die SPD-Fraktion hat noch weiteren Klärungs- und Beratungsbedarf im Zusammenhang mit der Straßenbenennung im Bebauungsplan Nr. 179 – Dangastermoor – und beantragt daher, den Punkt 4.2.9 der Tagesordnung zurückzustellen.

**Beschluss zurückgestellt**

*Ausschuss für Kultur, Sport und Jugend am 16.07.2007*

**4.2.10 Übertragung der Organisations- und Finanzverantwortung für die Kinderbetreuung vom Landkreis Friesland auf die Städte und Gemeinden**

**Einstimmiger Beschluss**

*Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz am 17.07.2007*

**4.2.11 Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für den Bereich südlich der Fa. Mega-Company (Teilbereich des Bebauungsplanes Nr. 164)**

**Einstimmiger Beschluss**

**4.3 Verwaltungsausschuss am 20.09.2007**

**4.3.1 Neuwahl des Aufsichtsrates der Wohnungsbau-Gesellschaft Friesland mbH per Oktober 2007**

a) und b)

**Mehrheitlicher Beschluss**

**Stimmen dafür: 28 Enthaltungen: 6**

**5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

**5.1 Einweihung des Bahnhofes**

Bürgermeister Wagner teilt mit, dass die Umbaumaßnahmen am Bahnhof kurz vor der Vollendung stehen. Am 09.11.2007 soll eine Einweihung des Bahnhofes bzw. des Bahnhofsvorplatzes stattfinden.

**6 Behandlung von Anfragen und Anregungen**

**6.1 Geschäftsordnung des Rates**

Ratsherr Hinz bittet alle Fraktionen, sich mit der neuen Geschäftsordnung zu beschäftigen, damit in der nächsten Ratssitzung darüber abgestimmt werden kann.

## **6.2 Ratsinformationssystem**

Auf Nachfrage des Rats Herrn I. Chmielewski teilt Bürgermeister Wagner mit, dass das Ratsinformationssystem Session im Aufbau ist, aber noch einige Abstimmungen notwendig sind. Sobald wie möglich, wird es online gestellt.

## **7 Einwohnerfragestunde**

Eine Einwohnerfragestunde wird mangels Wortmeldungen nicht durchgeführt.

Um 20:35 Uhr schließt Ratsvorsitzender Funke die öffentliche Sitzung.

Zur Beglaubigung:

gez. Karl-Heinz Funke  
(Vorsitzende/r)

gez. Gerd-Christian Wagner  
(Bürgermeister)

gez. Marion Groß  
(Protokollführer/in)